

Gegenwind: 03 Entwaldung, B) In unseren Klima-Kolonien

geschrieben von Admin | 26. Januar 2026

Die Erzeugung von Strom durch Windkraft im Wald schädigt nicht nur wertvolle Kultur- und Waldlandschaften in Deutschland, sondern ist auch für Menschenrechtsverletzungen, Landschaftszerstörung und radioaktive Verseuchung in sogenannten Entwicklungsländern und China mit verantwortlich. Auf „unserer“ Reise in die bessere, klimaneutrale, NEIN: klimagerechte Zukunft haben die Menschen in unseren Öko-Kolonien offenbar immer noch keinen Platz gefunden.

Das Video dazu zeigt drei erschreckende, aber gut dokumentierte Beispiele als gerne verschwiegene Nebenwirkung unserer Energiewende – es gäbe viele mehr: Balsaholz aus Ecuador und Peru, Seltene Erden wie Neodym aus China und Madagaskar, die sich direkt in unseren Windrädern in Deutschland finden und Blutkohle aus Kolumbien und Südafrika, ohne die unsere „Energiewende“ in regelmäßigen Blackouts münden würde.

Videolink:

<https://www.youtube.com/watch?v=8JTZG9bY-9k><https://youtu.be/8JTZG9bY-9k>

Die Videoserie richtet sich vor allem auch an die stark zunehmenden Mitglieder von Bürgerinitiativen, Vereinen, Gruppen, die überwiegend nicht aus der Land- und Forst- bzw. Energiewirtschaft oder dem Natur- und Umweltschutz kommen und vor einem steuerfinanzierten Nebelmeer an **Desinformation** stehen, wenn sie sich über Windkraft vor allem im Wald in Deutschland informieren möchten. Welche Themen konkret in weiteren Folgen der Video-Serie abgehandelt werden, erfahren Sie im Detail im Einleitungsvideo zu dieser Serie.

CumTempore, Prof. Dr. Andreas Schulte

Ich würde mich freuen, wenn Sie den Videokanal abonnieren bzw. das Video an Interessierte weiterleiten könnten. Gerne können Sie auch die Videoserie auf Ihrer Website einstellen. Der Vollständigkeit halber: Der Videokanal CumTempore verfolgt keine wirtschaftlichen oder parteipolitischen Interessen. Er erhält auch keine Zuwendungen vom Staat oder anderen Dritten. Ich freue mich auch über Ihre Kommentare und natürlich auch Kritik.

Kernkraftbefürworter Merz – „Haltet den Dieb!“

geschrieben von Admin | 26. Januar 2026

Die an dem größten Sabotageakt Deutschlands – genannt Energiewende – beteiligten Politiker aller Couleur sind nicht naiv oder dumm. Sie wissen Bescheid, sie wissen genau, was sie da für einen gigantischen Schaden angerichtet haben. Jetzt geht es darum, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Von Manfred Haferburg

Ich habe mehrere Tage gebraucht, um mich von meinem Schleudertrauma, dass ich mir beim Kopfschütteln zuzog, wieder einigermaßen zu erholen. Auch die Beule am Kopf, die entstand, als ich mir mit eigener Hand gegen die Stirn schlug, schwillt langsam ab. Langsam veriraucht auch die Wut über die unfassbare Heuchelei und kognitive Dissonanz der einstigen Volkspartei CDU/CSU und geht in Resignation über.

Da kommt der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland im Januar des Jahres 2026 um die Ecke und fragt beim Neujahrsempfang der Wirtschaft in Halle/Saale, ob es denn „irgendwann mal wieder akzeptable Marktpreise in der Energieerzeugung“ geben würde. Er versucht, die Schuld für die immer irrer werdende Energiewende jemand anderem in die Schuhe zu schieben. In anklagendem Ton heuchelt er: „Wir machen die teuerste Energiewende der Welt. Ich kenne kein zweites Land, das es sich so schwer macht und so teuer macht wie Deutschland. Wir haben uns da etwas vorgenommen, was wir jetzt korrigieren müssen, aber wir haben eben zu wenig Energieerzeugungskapazitäten... Es war eben ein schwerer strategischer Fehler, aus der Kernenergie auszusteigen. Wenn man es schon macht, hätte man wenigstens vor drei Jahren die letzten verbleibenden Kernkraftwerke in Deutschland am Netz lassen müssen, damit man wenigstens die Stromerzeugungskapazitäten hat, wie wir es zu dem damaligen Zeitpunkt hatten.“

Diese Aussage ist an Chuzpe kaum zu übertreffen. Er schiebt die Schuld an der Energiemisere seiner Vorgängerin und der Ampel-Regierung zu, wobei er damit sogar recht hat. Er vergisst aber dabei absichtsvoll, sein eigenes diesbezügliches Versagen zu erwähnen. Da ruft ein Dieb: „Haltet den Dieb!“

Friedrich Merz rechnet mit der Vergesslichkeit der Wähler

Kann nicht irgendwer mal den Bundeskanzler daran erinnern, in welcher Partei er ist? Oder, dass er seit 1994 Mitglied des Deutschen

Bundestages ist – mit einer Unterbrechung von 2009 bis 2021. Seit 2021 sitzt er wieder im Bundestag. Oder dass er, um Kanzler zu werden, einen Koalitionsvertrag mit der SPD geschlossen hat, in welchem das Wort Kernenergie gar nicht auftaucht? Oder dass er kraft seiner Richtlinienkompetenz dem Energiewendezirkus ein Ende machen könnte?

Ein gutes halbes Jahr vor der Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke, genauer gesagt am 22. September 2022, brachte die AfD einen Entschließungsantrag in den Bundestag ein, der den Weiterbetrieb der damals noch laufenden Kernkraftwerke forderte. Der Antrag war ein Änderungsantrag zum Atomgesetz und enthielt folgende Kernforderungen: Stoppen der Abschaltung der drei letzten deutschen Kernkraftwerke (Isar 2, Emsland, Neckarwestheim 2) sowie Entfristung der Laufzeiten im Atomgesetz und Abschaffung der Strommengenbegrenzung.

Die vereinigten Parteien der sogenannten demokratischen Mitte, die ja bekanntlich bis in die linke Ecke hineinreicht, schmetteten den Antrag einstimmig ab, auch die CDU/CSU Fraktion. Auch die FDP stimmte gegen den Antrag. Ganz offensichtlich rechnet Friedrich Merz mit der Vergesslichkeit der Wähler. Sie sollen wohl auch vergessen, dass sich die Merz-Regierung im Koalitionsvertrag zur Fortsetzung der Politik der Klimaneutralität bis 2045 bekennt.

Hätte der Antrag der AfD am 22. September 2022 im Bundestag eine Mehrheit bekommen – mit den Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der AfD, hätte es zwar knapp, aber gereicht –, würden heute in der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich sechs, aber mindestens drei große Kernkraftwerksblöcke für Grundlast sorgen. Dann hätte die Kernkrafttirade des Herrn Bundeskanzler Merz wenigstens ein Minimum von Substanz und wäre nicht ganz so frech und völlig absurd. Aber die Brandmauer war der CDU/CSU und der FDP viel wichtiger als das Wohl des Volkes und der Wirtschaft.

Die CDU/CSU kann sich nicht herausreden, dass sie die Folgen des Kernenergieausstieges nicht vorher gekannt hätte. Richtig klar wurde mir das im März 2024 während eines Interviews, zu dem mich die Plattform „markt intern“ eingeladen hatte. Mir war ein Expertengespräch mit einem CDU-Energiepolitiker versprochen worden. Der Interviewer Gregor Kuntze-Kaufhold hatte dazu den Volkswirt und Bundestagsabgeordneten Dr. Klaus Wiener gewonnen, der im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Bundestages sitzt. Dieses Gremium ist für alle Aspekte der Energiewende und die damit verbundenen Fragen des Klimaschutzes sowie für das Thema Energieeinsparung zuständig – also der richtige Mann.

Sie wissen genau, was sie da für einen gigantischen Schaden angerichtet haben

Der Interviewer gab sich alle Mühe, dem CDU-Politiker eine Bühne für seine Ausführungen zu bieten. So kam ich die ersten 15 Minuten gar nicht

zu Wort, während die feinen Unterschiede der Akzeptanz von Kernkrafttechnologien in CDU/CSU-Köpfen detailliert herausgearbeitet wurden. Es zeigte sich, dass Herr Dr. Wiener durchaus sachkundig über die Kernenergie sprechen konnte. Er wusste über den immensen Restwert der nun in Zerstörung befindlichen Kraftwerke, den er mit 140 Milliarden Euro bezifferte, die mutwillig zerstört werden. Er nannte korrekt die Grenzkosten von 2 bis 3 Eurocent pro Kilowattstunde und vertrat über den Weiterbetrieb bzw. das Wiederaufstarten der Kernkraftwerke durchaus vernünftige Ansichten, die ich teilen konnte. Aber – immer dann, wenn es konkret wurde, öffnete er den Satzstanzbaukasten. Er schob die Schuld an der Zerstörung der Kraftwerke der Ampelregierung in die Schuhe und vergaß, dass es die Kanzlerin Merkel von seiner Partei war, die in einer Panikreaktion den Ausstieg eingefädelt hatte.

Es lohnt sich, dieses Gespräch unter dem Gesichtspunkt der Äußerungen von Kanzler Merz noch einmal anzusehen. Da kommt es zu einer Szene (Min. 31:40), die typisch für den Umgang von Medien und Politik mit der Kernkraft ist. Dr. Wiener behauptete, dass die CDU/CSU ja schon jahrelang für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke werbe, aber leider, leider, leider keine Mehrheit dafür zustande bringen könne. So wäre es nun mal in einer Demokratie. Ich erhob daraufhin den Einwand: „Ihre Fraktion hat im Dezember geschlossen gegen einen Antrag auf Weiterbetrieb der letzten Kernkraftwerke gestimmt, weil der Antrag von der falschen Partei kam“. Wiener schaute betreten in die linke untere Ecke: „Das ist noch einmal ein besonderes Thema.“ Der Moderator hakte sofort ein: „Das müssen wir jetzt auch nicht wirklich vertiefen...“, um dann etwas über irgendeine volkswirtschaftliche Seite heruzustottern.

Die an dem größten Sabotageakt Deutschlands – genannt Energiewende – beteiligten Politiker aller Couleure sind nicht naiv oder dumm. Sie wissen Bescheid, sie wissen genau, was sie da für einen gigantischen Schaden angerichtet haben. Es geht weder ums Klima noch um das Wohl des Volkes. Es geht nunmehr hauptsächlich darum, den eigenen Parteikopf aus der Schlinge zu ziehen und die Schuld jemand anderem in die Schuhe zu schieben. Es scheint schon sehr schlimm um die Energiewende zu stehen, wenn Kanzler Merz und die Seinen jetzt, auf Merkel und die Ampel zeigend, rufen: „Haltet den Dieb!“ Und die Bürger, was machen die? Sie wollen davon nichts hören, schnallen den Gürtel enger und wählen weiterhin die Saboteure.

Von Klaus Dieter Humpich und Manfred Haferburg und finden Sie in der Achgut-Edition das Buch:

Atomenergie – jetzt aber richtig

Das Nachwort stammt von dem Wissenschaftsphilosophen Michael Esfeld. Sie können das Buch hier in unserem Shop bestellen. Zum Inhalt des Buches: Es ist keine Frage ob, sondern lediglich wann „die dümmste Energiepolitik der Welt“ (wallstreet-Journal) – in Deutschland euphemistisch „Energiewende“ genannt – beerdigt wird. Und was dann?

Überall auf der Welt werden längst wieder die Weichen für die Kernenergie gestellt, CO2-frei wie bisher, aber intelligenter, resilienter, mobiler und preiswerter als je zuvor. Die Atomenergie kann auch hierzulande der Nukleus für einen neuen Wohlstand sein, auch diese Einsicht wird sich unter der Last des Faktischen durchsetzen. Die beiden Energieexperten Manfred Haferburg und Klaus Humpich analysieren den deutschen Irrweg und zeigen Wege aus der Sackgasse. Dieses Buch ist ein Almanach der Vernunft für alle, die in Deutschland erfolgreich wirtschaftlich tätig sind und damit fortfahren wollen.

Manfred Haferburg Manfred Haferburg wurde 1948 im ostdeutschen Querfurt geboren. Er studierte an der TU Dresden Kernenergetik und machte eine Blitzkarriere im damalig größten AKW in Greifswald. Wegen des frechen Absingens von Biermannliedern sowie einiger unbedachter Äußerungen beim Karneval wurde er zum feindlich-negativen Element der DDR ernannt und verbrachte

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT [hier](#)

Saarland: Alle Großprojekte zur Wasserstoffproduktion gestoppt

geschrieben von Admin | 26. Januar 2026

Nächste grüne Blase geplatzt.

Vom grünen Zukunftsversprechen bleibt nur heiße Luft übrig. Alle großen Wasserstoffprojekte im Saarland sind gescheitert. Zu teuer, zu wenig Nachfrage, zu viel Wunschdenken. Die Realität zerlegt die nächste Energiewende-Fantasie. Gegen die Physik kann keine Ideologie gewinnen.

Von Holger Douglas

Jetzt ist die nächste grüne Blase geplatzt: Das Saarland wird kein Zentrum einer neuen Wasserstoff-Wirtschaft. Noch vor wenigen Jahren galt das kleine Bundesland als möglicher Vorreiter der deutschen Wasserstoffwirtschaft. Mehrere Großprojekte sollten den Strukturwandel der Industrieregion absichern, Stahlwerke „dekarbonisieren“ und zehntausende Tonnen „grünen“ Wasserstoff liefern. Heute ist von diesen Plänen nichts mehr übrig. Alle größeren Wasserstoffprojekte im Saarland sind gescheitert oder auf unbestimmte Zeit gestoppt.

Betroffen sind drei Vorhaben in Perl, Saarlouis und Völklingen, die zusammen jährlich mehrere zehntausend Tonnen Wasserstoff liefern sollten. Das geht aus Recherchen der Saarbrücker Zeitung hervor.

Bereits im September 2025 hatte Steag Iqony das Projekt „Hydro Hub Fenne“ in Völklingen aufgegeben. Geplant war dort ein Elektrolyseur mit einer Jahresproduktion von rund 8.400 Tonnen. Als Begründung nannte das Unternehmen vor allem die hohen Strompreise in Deutschland – ein zentrales Problem für die extrem energieintensive Elektrolyse.

Nun ist klar: Auch die beiden anderen Leuchtturmprojekte werden nicht realisiert. Der Energiekonzern RWE zieht sich aus seinen Plänen für Saarlouis zurück. Vorgesehen war dort, nahe der Dillinger Hütte, ein Elektrolyseur mit einer Leistung von 200 bis 400 Megawatt – genug für bis zu 50.000 Tonnen Wasserstoff pro Jahr. Ebenfalls aufgegeben wurde das Vorhaben des französischen Unternehmens Lhyve, das in Perl eine 70-Megawatt-Anlage mit rund 11.000 Tonnen Jahresproduktion errichten wollte.

Als Gründe nennen die Unternehmen vor allem wirtschaftliche Faktoren. Steag Iqony verweist auf die hohen Strompreise in Deutschland. RWE erklärte, das Projekt sei nach einem deutlich reduzierten Wasserstoffbedarf der Stahlindustrie nicht mehr wirtschaftlich gewesen. Statt ursprünglich geplanter 50.000 Tonnen schloss die Stahl-Holding-Saar einen Liefervertrag über lediglich 6.000 Tonnen mit Verso Energy ab.

Die politisch ausgerufenen Zielmengen stehen in keinem stabilen Verhältnis zur realen Nachfrage der Industrie – und schon gar nicht zu den Kosten. Grüner Wasserstoff bleibt teuer, solange Strompreise hoch, Netzentgelte belastend und regulatorische Vorgaben komplex sind. Investitionen rechnen sich unter diesen Bedingungen kaum.

Das saarländische Wirtschaftsministerium verweist auf strukturelle Standortnachteile. Frankreich profitiere von deutlich niedrigeren Strompreisen und günstigeren regulatorischen Rahmenbedingungen. Der saarländische Wirtschaftsminister Jürgen Barke forderte Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche in einem Schreiben auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene für bessere Bedingungen für die Wasserstoffwirtschaft einzusetzen.

Damit wird es im Saarland auf absehbare Zeit keine relevante Wasserstoffproduktion geben. Die nächste Wasserstoffblase ist damit geplatzt. Die sogenannte „Wasserstoffwirtschaft“ scheiterte immer dann, wo wirtschaftliche Realität auf politisches Wunschdenken trifft. Oder anders ausgedrückt: Die Physik weist die sogenannte „Energiewende“ regelmäßig in ihre Schranken.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier.

Gegenwind: Windkraft im Wald“ hier Entwaldung

geschrieben von Admin | 26. Januar 2026

7-teilige Videoserie zum Thema „Gegenwind: Windkraft im Wald“ gestartet (Einleitungsvideo zur Serie)

Von Redaktion

Prof. Andreas Schulte mit dem Youtube Kanal CumTempore zeigt in einer 7-teiligen Serie wie Windräder im Wald geplant, gebaut und betrieben werden.

Herzlich Willkommen zum Einleitungsvideo der insgesamt 7-teiligen Videoserie „Gegenwind: Windkraft im Wald“. Dieses und die folgenden Videos der Serie sollen daten- und faktenbasiert Hintergründe und Interessen des Windkraft-Booms in Deutschland aufzeigen. Dabei wird über einen ganzheitlichen, wissensbasierten Blick versucht, betriebs- bzw. volkswirtschaftliche, energiepolitische und ökologische Aspekte des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes auch visualisiert mit Fotos, Video-Einspielern, Interviews und Grafiken aufzuzeigen. Die Videoserie richtet sich vor allem auch an die stark zunehmenden Mitglieder von Bürgerinitiativen, Vereinen, Gruppen, die überwiegend nicht aus der Land- und Forst- bzw. Energiewirtschaft oder dem Natur- und Umweltschutz kommen und vor einem steuerfinanzierten Nebelmeer an Information und schlimmer: Desinformation stehen, wenn sie sich über Windkraft vor allem im Wald in Deutschland informieren möchten. Das Einleitungsvideo stellt die Inhalte / Themen der einzelnen Videos vor und leitet mit Hintergrundinformationen zur sogenannten Energiewende in Deutschland ein.

Gegenwind: 02A Entwaldung bei uns in Deutschland

Doppelmoral bringt immer nur eines hervor: professionelle Lügner. Kommt vom Lyriker Thomas Lutter und passt gut zur Windkraft im Wald. Die EU-Entwaldungsverordnung trat 2023 in Kraft und zielt extrem bürokratisch, aber sinnbefreit darauf ab, die Entwaldung zu stoppen. Sie verbietet auch den kleineren Unternehmen, Handel mit Rohstoffen und Produkten, die nach 2020 auf gerodeten Waldflächen erzeugt wurden. Betroffen sind unter anderem Holz, Kaffee, Kakao, Gewürze etc. ... und alle Produkte daraus. Die EU-Verordnung betrifft auch die Waldrodung, die Entwaldung in Deutschland! Allerdings nicht, wenn sie Wald roden, um darauf Windräder zu bauen. Dann werden Sie nämlich nicht wie eigentlich vorgesehen bestraft, sondern so mit Steuergeldern subventioniert, dass sie sich dick und doof verdienen. Interesse am Thema: Dann schauen Sie dieses Video mit daten- und faktenbasierten Hintergründen des

raubsozialistischen Windkraft-Booms und den tatsächlich angerichteten Schäden in unserem deutschen Wald, die viel viel größer sind, als Sie dies glauben sollen.

Nichts passt mehr zusammen in der EU

geschrieben von Admin | 26. Januar 2026

Das gilt besonders für die Stromnetze

von Edgar L. Gärtner

Um Europa steht es nicht gut. Das gilt insbesondere für das Gebilde „Europäische Union“ (EU). Will man den Hauptakteuren der EU, die heute offenbar alle aneinander vorbeireden, keine bösen Absichten unterstellen, bleibt als Erklärung nur diese Vermutung: Jeder Einzelne von ihnen weiß im Grunde nicht, was er will. Aber einig sind sie sich alle über das, was sie nicht wollen: die Wahrheit über den geistigen Zustand und die wirtschaftlichen Perspektiven Westeuropas. Diese Wahrheit vernimmt man heute eher jenseits des Atlantiks als aus dem Mund europäischer Spitzenpolitiker.

Konstruktiver europäischer Aufbruch

Dabei hat die westeuropäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus faktenbasiert und konstruktiv begonnen. Den Gründervätern des nach Westen orientierten Nachkriegs-Europa wie vor allem den Franzosen Jean Monnet und Robert Schumann war bewusst, dass die enormen Kriegsschäden, unter denen fast alle europäischen Länder litten, nur mithilfe eines starken Wirtschaftswachstums überwunden werden konnten. Um diesem den Weg freizumachen, bedurfte es billiger Energie im Überfluss. Aus diesem Grunde setzten sich die beiden Franzosen mit Spitzen-Beamten der ersten Bonner Bundesregierung unter Konrad Adenauer zusammen, um jenseits der Feindbilder des Krieges die Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)“, bekannt als Montanunion auszuhandeln. Diese wurde im Jahre 1952 gegründet.

EWG und EURATOM

Die offizielle deutsch-französische Aussöhnung in Gestalt des zwischen dem französischen Staatspräsidenten General Charles de Gaulle und des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer am 22. Januar 1963 feierlich

abgeschlossenen Élysée-Vertrages kam zwar erst später, aber in der Zwischenzeit kam es zwischen den Regierungen von sechs westeuropäischen Ländern zu wachsender Annäherung in der Wirtschafts- und Energiepolitik. 1957 unterzeichneten die Regierungen von Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten in Rom den Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Deren Hauptziel war die Förderung des Handels zwischen den Mitgliedsländern. Dabei lag wegen des damals noch großen Anteils der Landwirtschaft an der Wertschöpfung der Volkswirtschaften zunächst der Schwerpunkt auf Agrarprodukten.

Aber die Frage einer zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung wurde dabei nicht vergessen. Parallel zur Vorbereitung der EWG-Gründung verständigten sich die Regierungen darüber, die Kohle-Verstromung nur als Übergangslösung zu betrachten. Sie setzten (vor allem auf Druck Frankreichs, wo die Entwicklung der Kernenergie zunächst vom bekannten Pazifisten Frederick Joliot-Curie vorangetrieben wurde) auf die Atomenergie. 1957 kam es zum Abschluss des EURATOM-Vertrages. Aber auch in Deutschland gab es nach dem Abbruch der Entwicklung von Kernreaktoren unter der Nazi Herrschaft (die wahrscheinlich weiter gediehen war, als die offiziellen historischen Darstellungen ahnen lassen) eine Lobby für die Erschließung der Atomenergie, die damals tatsächlich so hieß. (Ich wohne in Bad Nauheim in Mittelhessen selbst in einem Haus, das nach dem Krieg vom Kernphysiker Prof. Robert Jäger und dessen Bruder, dem Komponisten Willy Jäger erbaut wurde, wie eine Bronzetafel an der Fassade ausweist. Jäger gilt als einer der „Väter“ des bundesdeutschen Atomprogramms unter Franz Josef Strauß.) Leider wurde der parallele Weg zwischen dem Aufbau der EWG und dem Ausbau von EURATOM später verlassen. Einer der wichtigsten Gründe für die Anstrengungen Westeuropas, eine preisgünstige Energieversorgung aufzubauen, war selbstverständlich der Kalte Krieg (Systemwettbewerb) mit dem kommunistisch beherrschten Osten. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Volkswirtschaften im Osten ließen diese Anstrengungen sichtbar nach und der von enttäuschem Narzissmus genährte Selbsthass der Grünen begann sich in Form der Kohlenstoff-Phobie durchzusetzen.

2001: Die EU beginnt, Grün zu werden

Davon zeugt der Ausgang des Europäischen Rates von Barcelona im Jahre 2001. Auf einmal ging es im Grunde nicht mehr um die Sicherstellung einer preiswerten Energieversorgung als Basis für rasches Wirtschaftswachstum, sondern um die Verknappung und Verteuerung der Energie durch den Ausbau der unzuverlässigen, weil wetterabhängigen „dekarbonisierten“ Energiequellen Wind und Sonne. Das hätte die Stunde der Kernenergie sein können, da bei den bislang üblichen Atomkraftwerken über den gesamten Lebenszyklus nur 6 Gramm Kohlenstoffdioxid (CO₂) je Kilowattstunde anfallen (Quelle), während Photovoltaik-Paneele zehnmal mehr CO₂ produzieren. Doch die Kernenergie wurde von den Grünen aus uneinsichtigen Gründen verteufelt. Dabei decken alle zufallsabhängigen „Erneuerbaren“ zusammen genommen bis jetzt nicht mehr als 2,5 Prozent des

europäischen Strombedarfs. (Tatsächlich hat die Klimaentwicklung wenig bis nichts mit dem CO₂-Gehalt der Atmosphäre zu tun.)

Ich erinnere daran, dass ich wie der geniale Geo- und Astrophysiker Thomas Gold keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen „fossilen“ und biotischen Ressourcen sehe. Die Entscheidung der EU für die (vorgeblichen) „Erneuerbaren“ und die Abkehr von den „Fossilen“ impliziert aber die Abkehr von der historisch im Einklang mit dem Grad der Industrialisierung und Urbanisierung gewachsenen Elektrizitätserzeugung in zentralen Kraftwerken und die Rückkehr zu einer dezentralen Elektrizitätserzeugung, wie sie vor über 100 Jahren überwog. Diese bedarf aber einer Vervielfältigung der Übertragungsleitungen sowohl national als auch international. Während zwischenstaatliche Koppelstellen zwischen den Leitungsnetzen früher eher für seltene Notfälle ausgelegt waren, soll der zwischenstaatliche Elektrizitätstransport nun zur Dauereinrichtung werden. Um einen europäischen Binnenmarkt für Elektrizität für die inzwischen auf 27 Mitglieder angewachsene Europäische Union zu schaffen, legte der Europäische Rat zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Kopplungskapazität zwischen den Stromnetzen der EU-Mitgliedsstaaten von mindestens 10 Prozent der installierten Produktionsleistung fest. Doch dieses Ziel wurde bis Ende 2025 von acht EU-Mitgliedsstaaten nicht erreicht. Währenddessen hat die EU-Kommission bereits beschlossen, bis 2030 das Ziel von 15 Prozent zwischenstaatliche Transportkapazität anzusteuern.

Zentrale und dezentrale Energiequellen passen nicht zusammen

Um das Ziel einer optimalen Vernetzung dezentraler Energiequellen zu erreichen, bedarf es nach Schätzungen des Europäischen Rechnungshofes bis 2030 Investitionen von fast 600 und bis 2050 fast 2.000 Billionen Euro. Denn viele schon fest geplante „Erneuerbaren“-Projekte warten wegen Leitungs-Engpässen noch auf ihre Genehmigung. Aber diese Investitionen finden nicht statt, weil sie wirtschaftlich unsinnig sind. Wer würde schon freiwillig Milliarden investieren, um überschüssigen Solarstrom von Spanien über Frankreich nach Deutschland zu leiten? (Das war übrigens eine der Ursachen für den Beinahe-Blackout, der im vergangenen Jahr Spanien heimsuchte.) Die EU-Kommission versucht, diesen Problemen mithilfe des im Dezember 2025 vorgestellten Programms „Grids Package“ zu begegnen. Doch Samuel Furfari, ehemaliger für Energie zuständiger hoher EU-Beamter, weist darauf hin, dass die Politik den Aufbau eines internationalen Stromnetzes nicht einfach dekretieren kann. Es braucht dafür Jahrzehnte.

Unter der Dysfunktionalität der gegenwärtigen unzureichenden Vernetzung zwischen „erneuerbaren“, d.h. zufälligen mit den zuverlässig steuerbaren Energiequellen Wasser- und Kernkraft leidet insbesondere Frankreich. Im vergangenen Jahr gab es wegen der wetterbedingten zeitweiligen Überproduktion von Solar- und Windenergie nicht weniger als 432 Stunden

mit negativen Strompreisen. Dadurch drohen die Milliarden-Investitionen in den Bau von Kernreaktoren des Typs EPR2 unrentabel zu werden, denn diese sind auf eine hohe Zahl jährlicher Betriebsstunden ausgelegt. Die Investitionskosten der sechs in Frankreich geplanten EPR2-Reaktoren werden auf etwa 83 Milliarden Euro veranschlagt. Die Kernkraftwerke können, um die Überproduktion abzufangen, höchstens um 20 Prozent gedrosselt werden. Die Zahl der Stunden mit negativen Strompreisen wird also in den kommenden Jahren weiter steigen, wenn nichts geschieht.

Deshalb erscheint es umso unverständlicher, dass der Entwurf für den nächsten französischen Zehn-Jahresplan der Energieversorgung (PPE3), der wegen der französischen Regierungskrise noch immer nicht verabschiedet ist, von einer Komplementarität zwischen planbaren und wetterabhängigen Energiequellen ausgeht. Aktuell zeigt es sich jedoch, dass beide schlicht inkompatibel sind. Sie ergänzen sich nur in seltenen Ausnahmefällen. Solange die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen das Dogma der Dekarbonisierung nicht aufgibt, kann wohl keine Ordnung in das europäische Zusammenspiel der europäischen Elektrizitätsnetze einziehen. Das erscheint umso dringender, als die EU mit ihrer Politik der Dekarbonisierung inzwischen weltweit allein dasteht.